

6685/J XX.GP

A n f r a g e

der Abg. Koller, Böhacker
und Kollegen an den Bundesminister für Finanzen
betreffend Hauptfeststellung der Einheitswerte

Mit Beschlußfassung des Abgabenänderungsgesetzes 1998 durch die Koalitionsparteien wurde die Hauptfeststellung der Einheitswerte um zwei Jahre hinausgeschoben.

Für die land - und forstwirtschaftliche Nutzung gewidmete Grundstücke sind seit dem EU - Beitritt enorm im Wert gefallen, da die auf diesen Flächen produzierten Agrar - erzeugnisse seither einem massiven Preisverfall ausgesetzt waren und viele Landwirte Zwangsverkäufe tätigen müssen.

Die Einheitswertfeststellung müßte dieser Entwicklung Rechnung tragen, also nach unten berichtigt werden. Mit der Hinausschiebung dieses notwendigen Schrittes bewirkt die Koalition ein künstliches Hochhalten von Steuern, Abgaben, Beiträgen und Gebühren - zum Vorteil des Budgets der Gebietskörperschaften, Versicherungen und Interessenvertretungen, aber zum Nachteil der Land - und Forstwirte.

Daher richten die unterzeichneten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für Finanzen die nachstehende

A n f r a g e:

1. Verfügt Ihr Ressort über Berechnungen, um wieviel sich der Wert der land - und forstwirtschaftlich gewidmeten Grundstücke der verschiedenen Nutzungsarten in Österreich seit dem EU - Beitritt vermindert haben ?
2. Um wieviel müßten daher die entsprechenden Einheitswerte abgesenkt werden, um dieser Entwicklung Rechnung zu tragen ?
3. Welche Einnahmen - ausfälle des Bundes hätte eine seit dem EU - Beitritt zeitgleich mit der Abwertung der Grundstücke erfolgte Einheitswertabsenkung verursacht ?
4. Wäre mit Änderungen des Bundesbeitrages zur Sozialversicherung der Bauern zu rechnen, wenn gleichzeitig mit der Absenkung der Einheitswerte eine freiwillige Höherversicherung erfolgt ?